

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Heinz Stegmann, Irmgard Holzbauer

Der Ausbildungsstellenmarkt unter qualitativem Aspekt

12. Jg./1979

2

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16,
E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0;
Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Der Ausbildungsstellenmarkt unter qualitativem Aspekt

Aus der Untersuchung des IAB: Jugendliche beim Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem – Projekt 3-213

Heinz Stegmann, Irmgard Holzbauer*

Seit 1974 ist die Bilanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt nach dem Berufsbildungsbericht global annähernd ausgeglichen, wenn auch seit 1975 ein -allerdings geringer -Nachfrageüberhang festzustellen ist. Regionale und strukturelle Diskrepanzen sind dabei noch nicht berücksichtigt. Die Ermittlung der Nachfrage erfolgt nach der Legaldefinition des § 5 Abs. 4 AP1FG mit Hilfe der neu abgeschlossenen Auszubildenden sowie den bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten, Ausbildungsplätze suchenden Jugendlichen. Die latente Nachfrage wird dagegen nicht mit in die Bilanz einbezogen. Wird von einem Konzept zur Bestimmung der Nachfrage ausgegangen, das sich an den Ausbildungswünschen der Jugendlichen orientiert, so ergibt sich eine Nachfragegröße, die über der des Berufsbildungsberichts liegt. Für ein derartiges Konzept spricht die Tatsache, daß die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt selbst wiederum die Nachfrage beeinflusst.

Das Problem des quantitativen Ausgleichs von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt verdeckt häufig, daß auch qualitative Aspekte zu berücksichtigen sind. So deutet die Struktur der 1977 zusätzlich abgeschlossenen Auszubildendenverhältnisse darauf hin, daß sich die bereits früher bestehenden Diskrepanzen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem noch verschärfen.

Durch Bewerbungen um verschiedenartige Ausbildungsberufe, durch sehr frühzeitige Bewerbungen sowie durch Mehrfachbewerbungen versuchen die Jugendlichen, ihre Chancen bei der Ausbildungsplatzsuche zu erhöhen. Absagen auf Bewerbungen führen sie meist auf die zu große Zahl der Mitbewerber zurück. Die Untersuchung wurde vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft finanziell gefördert.

Gliederung

1. Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt
2. Nachfrage und Angebot auf dem Ausbildungsstellenmarkt unter qualitativem Aspekt
 - 2.1 Zur Diskussion um das Nachfragekonzept
 - 2.2 Das zusätzliche Angebot an Ausbildungsplätzen
3. Jugendliche bei der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz
 - 3.1 Das Bewerbungsverhalten der Jugendlichen
 - 3.2 Der Erfolg der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen
4. Zusammenfassung

1. Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Aufgrund der demographischen Entwicklung waren die Engpässe auf dem Ausbildungsstellenmarkt spätestens ab 1977 bereits vorprogrammiert¹⁾. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Auszubildendenverhältnisse in den Jahren 1967 und 1977 nahezu gleich war (1967: 1 402 465; 1977: 1 397 429), während sich die Zahl der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen, aus denen sich der Großteil der Nachfrager nach Ausbildungsplätzen rekrutiert, zwischen 1967 und 1976 um 27,5 % erhöhte²⁾. Zusätzlich ist in den letzten Jahren der Anteil der Hochschulberechtigten (Absolventen mit Hoch-

schul- bzw. Fachhochschulreife), die eine betriebliche Ausbildung begonnen haben, von 2% eines Abiturientenjahrgangs (1972) auf mehr als das Fünffache (11 %, 1976) gestiegen³⁾. In absoluten Zahlen fällt dieser Zuwachs an Auszubildenden mit Abitur sogar noch deutlicher aus: Während nur ca. 3000 Hochschulberechtigte des Entlaßjahrgangs 1972 in das duale System einmündeten, waren es beim Entlaßjahrgang 1976 bereits 22 000.

Zur Beurteilung der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt legt der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft entsprechend dem Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung (Ausbildungsplatzförderungsgesetz AP1FG) jährlich eine Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage vor. Für den Zeitraum von 1973 bis 1978 ergibt sich danach bei der Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen zwar eine Zunahme um 162 000, beim Angebot nur eine Steigerung um 72 000 Ausbildungsplätze; allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß 1973 ein Angebotsüberhang von fast 86 000 Ausbildungsplätzen bestand (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1
Angebot an und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im dualen System von 1973 bis 1978

Jahr	Angebot	Nachfrage	Bilanz (Angebot zu Nachfrage)	
			abs.	rel.
1973	552.000	466.200	+85.800	+18,4
1974	480.000	471.900	+ 8.100	+ 1,7
1975	481.200	486.600	- 5.400	- 1,1
1976	514.200	523.700	- 9.500	- 1,8
1977	583.900	585.400	- 1.500	- 0,3
1978	624.400	628.500	- 4.100	- 0,7
	72.400	162.300	Differenz 1973 - 1978	

Quellen: Berufsbildungsbericht 1977, S. 26; Berufsbildungsbericht 1978, S. 70; Berufsbildungsbericht 1979, S. 29.

* Dr. Heinz Stegmann und Irmgard Holzbauer sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

¹⁾ Vgl. Kühlewind, G., Mertens, D., Tessaring, M., Zur Ausbildungskrise im nächsten Jahrzehnt, Eine Modellrechnung zur Aufnahmefähigkeit des berufsbildenden Bildungssystems für Übergänger aus dem allgemeinbildenden Schulsystem bis 1990, In: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.), Schülerberg und Ausbildung, Stuttgart 1976, S. 26 ff.

²⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Berufliche Bildung 1977, Reihe 3, Bildung und Kultur Fachserie 11, S. 10; sowie Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bildung im Zahlenspiegel 1978, Stuttgart, Mainz 1978, S. 44 f.

³⁾ Vgl. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 1977, Schriftenreihe Berufliche Bildung 4, S. 25; sowie Saterdag, H., Stegmann, H., Jugendliche beim Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem, Bericht über die Ergebnisse der Basiserhebungen einer Längsschnittuntersuchung, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 41.

Insgesamt ist festzustellen, daß nach dieser Bilanzierung bis einschließlich 1974 das Angebot an Ausbildungsplätzen die Nachfrage übertraf; auch der seit 1975 bestehende Nachfrageüberhang ist mit maximal 1,8% (1976) relativ gering, so daß ein globaler Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage näherungsweise erreicht wurde. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß regionale und strukturelle Diskrepanzen teilweise zu einer Verschärfung der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt beigetragen haben⁴).

Für das Jahr 1977, in dem der erste geburtenstarke Jahrgang die allgemeinbildende Schule verließ, konnte aufgrund der Befragungsergebnisse aus dem IAB-Projekt »Jugendliche beim Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem« eine Bestimmung der Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen vorgenommen werden, die sich an den (retrospektiv erfaßten) Ausbildungswünschen der Jugendlichen orientierte. Dabei ergab sich eine Nachfragegröße, die erheblich über der im Berufsbildungsbericht 1977 ausgewiesenen, nach dem APIFG ermittelten prospektiven Nachfrage lag⁵). Dieser Unterschied war hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß

- a) die im Berufsbildungsbericht 1977 zugrunde gelegte Schulabgängerzahl zu niedrig angesetzt war;
- b) im Berufsbildungsbericht 1977 von einer zu niedrigen Übergangsquote der Hochschulberechtigten in das duale System ausgegangen wurde;
- c) in der IAB-Untersuchung ein Nachfragekonzept verwendet wurde, das nicht auf der Legaldefinition des § 5 Abs. 4 APIFG beruhte.

Im Berufsbildungsbericht 1978 wurden bei der retrospektiven Bestimmung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für das Jahr 1977 die Punkte a) und b) korrigiert. Die bleibende Diskrepanz in den Ergebnissen zwischen dem Berufsbildungsbericht und der IAB-Untersuchung ist demnach vor allem auf das unterschiedliche Nachfragekonzept zurückzuführen.

Im folgenden wird versucht, einige qualitative Aspekte des Ausbildungsstellenmarktes herauszustellen, die in der bisherigen Diskussion häufig vernachlässigt wurden. Dabei wird zunächst auf das an den Ausbildungswünschen der Jugendlichen orientierte Nachfragekonzept (vgl. Gliederungspunkt 2.1), aber auch auf strukturelle Probleme beim Angebot an Ausbildungsplätzen eingegangen (vgl. unten 2.2). Zusätzlich werden in einem dritten Abschnitt einige empirische Daten zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt in bezug auf das Bewerbungsverhalten der Jugendlichen und in bezug auf den Erfolg der Nachfrage vorgestellt.

⁴) Zu regionalen Unterschieden vgl. Schwarz, U., Stooß, F., Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen und Vorschläge zum Abbau des Gefälles, Einzelergebnisse nach 60 Gruppen von Ausbildungsberufen in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 2/1973, S. 1-21 ff. sowie die Regionalauswertungen von I. Mollwo in: Saterdag, H., Stegmann, H., a. a. O.; auch in den Berufsbildungsberichten wird auf regionale Unterschiede eingegangen.

⁵) Vgl. Stegmann, H., Holzhauser, /., Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und ihre Realisierung bei Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen, in: MittAB 2/1978, S. 159.

⁶) Vgl. § 5 Abs. 2 APIFG.

⁷) Vgl. Berufsbildungsbericht 1977, S. 17 und 23 f.

⁸) Vgl. Berufsbildungsbericht 1978, S. 54 f.

⁹) Die Zahlen der KMK-Schülerbefragungen (vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland, Ergebnisse der KMK-Schulabgängerbefragungen 1977) und die Daten aus der IAB-Untersuchung sprechen gegen diese Annahmen. Auch die gegenläufige Entwicklung der Einschaltquoten beim Angebot (= Anteil der den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen am Gesamtangebot nach dem APIFG) mit steigender Tendenz und bei der Nachfrage (= Anteil der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerber um einen Ausbildungsplatz an der Gesamtnachfrage nach dem APIFG) mit sinkender Tendenz (vgl. Berufsbildungsbericht 1979, S. 19, 22) deutet nicht auf einen Ausgleich von latenter Nachfrage und latentem Angebot hin.

¹⁰) Vgl. Berufsbildungsbericht 1978, S. 54.

¹¹) Vgl. ebd. S. 54; hier könnte evtl. der Informationswunsch beider Nachfrage von Bedeutung sein, allerdings auch die Befürchtung, sich nicht rechtzeitig zu bewerben.

2. Nachfrage und Angebot auf dem Ausbildungsstellenmarkt unter qualitativem Aspekt

2.1 Zur Diskussion um das Nachfragekonzept

Nach dem APIFG gehört es zu den Aufgaben der Berufsbildungsplanung, daß die Ausbildungsstätten (a) nach Art, Zahl, Größe und Standort ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Angebot an beruflichen Bildungsplätzen gewährleisten, und daß sie (b) unter Berücksichtigung der voraussehbaren Nachfrage möglichst günstig genutzt werden⁶). Ziel ist dabei nach § 2 Abs. 1 APIFG nicht die volle Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage, sondern ein Überhang der angebotenen Ausbildungsplätze von mindestens 12,5% gegenüber der Gesamtnachfrage. In der Legaldefinition des § 5 Abs. 4 APIFG werden zur Bestimmung von Angebot und Nachfrage folgende Zahlen herangezogen:

- die Zahl der bis zum 30. September neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge;
- die Zahl der zum selben Zeitpunkt bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten, Ausbildungsplätze suchenden Jugendlichen;
- die Zahl der am 30. September nicht besetzten, der Bundesanstalt für Arbeit zur Vermittlung angebotenen Ausbildungsplätze.

Bereits im Berufsbildungsbericht 1977 wird auf die unzureichende Datenlage hingewiesen, die eine vollständige Darstellung von Angebot und Nachfrage verhindert, da zum einen viele freie Ausbildungsplätze dem Arbeitsamt nicht gemeldet werden und zum anderen zahlreiche Jugendliche ebenfalls die Vermittlungsdienste des Arbeitsamtes nicht in Anspruch nehmen⁷). Auch im Berufsbildungsbericht 1978 wird deutlich, daß die Legaldefinition des APIFG nicht ausreicht, um die Größenordnung von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu bestimmen: Der Berufsbildungsbericht geht von einer zusätzlichen „latenten“ Nachfrage bzw. einem „latenten“ Angebot aus, die aber in den Berechnungen nicht berücksichtigt werden⁸). Das quantitative Ausmaß der latenten Nachfrage wird zwar unter Bezug auf die IAB-Absolventenbefragung diskutiert, in die Bilanzierung von Angebot und Nachfrage gehen diese Zahlen jedoch nicht ein.

Dieses Vorgehen ließe sich evtl. wie folgt begründen:

- Das latente Angebot an und die latente Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sind – gemessen an den „manifesten“ Marktgrößen – nur unbedeutend.
- Latentes Angebot und latente Nachfrage gleichen sich aus, treten also bei der Bilanzierung nicht in Erscheinung.
- „Latent“ wird als Gegensatz zu „effektiv“ verstanden, d. h. latente Nachfrage und latentes Angebot werden auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht wirksam.

Gegen die beiden ersten Argumente lassen sich empirische Befunde anführen⁹). Die dritte Begründung zielt darauf ab, daß z. B. eine Nachfrage lediglich informativen Charakter haben kann. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß mindestens drei unterschiedliche Gruppen zur latenten Nachfrage zu rechnen sind:

- 1) Jugendliche, die erst durch besondere bildungspolitische Maßnahmen für die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung motiviert und befähigt werden können¹⁰).
- 2) Jugendliche, die zwar eine betriebliche Ausbildung anstreben, aber zunächst andere Bildungsangebote in Anspruch nehmen *wollen* (die Nachfrage wird bewußt aufgeschoben)¹¹).

3) Jugendliche, die ihren Ausbildungswunsch wegen mangelnden Angebots aufgeben *mußten* und sich resignierend in schulische Bildungsgänge bzw. in die Erwerbstätigkeit abdrängen lassen, ohne sich beim Arbeitsamt zu melden. Zu dieser Gruppe sind zusätzlich auch diejenigen Jugendlichen – insbesondere Mädchen – zu rechnen, die aufgrund vergeblicher Bemühungen um einen Ausbildungsplatz und/oder Arbeitsplatz im Haushalt der Eltern verbleiben.

Während sich die beiden ersten Gruppen durchaus unter die „latente“, also nicht wirksame, Nachfrage subsumieren lassen¹²⁾, sind die Jugendlichen der dritten Gruppe auf jeden Fall als Nachfrager anzusehen, da sie lediglich aufgrund des fehlenden Angebots an Ausbildungsplätzen nicht in eine betriebliche Ausbildung einmünden konnten. Bei der Ermittlung der Gesamtnachfrage nach Ausbildungsplätzen wäre diese Gruppe daher ebenfalls zu berücksichtigen.

An dieser Stelle könnte der Einwand erhoben werden, daß sich Jugendliche um einen Ausbildungsplatz bemühen, dessen Anforderungen sie aufgrund ihrer Begabungsstruktur nicht gewachsen sind. Diesem Argument kann jedoch entgegengehalten werden, daß Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schule und Freundeskreis (peer group) eine an der Realität vorbeigehende, überhöhte Selbsteinschätzung des Jugendlichen in den meisten Fällen auf ein „Normalmaß“ korrigieren. Eine eklatante Diskrepanz zwischen angestrebtem Ausbildungsberuf und vorhandener Eignung dürfte daher als Ausnahme anzusehen sein. Wenigstens zeigen bisherige Untersuchungen über Ausbildungsabsichten von Jugendlichen eine an der Realität orientierte Selbsteinschätzung¹³⁾.

In der Erhebung des IAB wurden die Entlassschüler danach gefragt, ob sie sich um einen Platz für die berufliche Ausbildung bemüht haben. Sowohl die Form als auch die Intensität der Bemühung wurden bei dieser retrospektiv gestellten Frage absichtlich offengelassen, damit potentielle Nachfragergruppen (z. B. Jugendliche bzw. deren Eltern, die sich lediglich durch eine *mündliche* Anfrage über das Vorhandensein einer Ausbildungsplatzchance informieren) ebenfalls erfaßt werden konnten. Dieses Nachfragekonzept orientiert sich demnach an *den Ausbildungswünschen* der Jugendlichen und ist unabhängig vom *tatsächlichen Übergang* zu sehen. Damit sollen auch Fehlinterpretationen vermieden werden, die z. B. sehr leicht entstehen, wenn die Ergebnisse der KMK-Schülerbefragung gleichzeitig als Bildungsabsichten (und damit als Nachfragequoten) sowie als Übergangsquoten bezeichnet werden¹⁴⁾.

Die Problematik des Nachfragekonzepts nach dem APIFG liegt jedoch gerade in der Diskrepanz zwischen Nachfrage-

und Übergangsquote: Bei den Jugendlichen, die ihre Nachfrage nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz *nicht* realisiert haben, lassen sich folgende Gruppen definieren (vgl. Abb. 1 auf S. 128):

1. Jugendliche, die sich um einen betrieblichen Ausbildungsplatz bemühen und eine Zusage erhalten, aber einen alternativen Ausbildungsweg einschlagen (= „Verzichter“).
2. Jugendliche, die sich um einen betrieblichen Ausbildungsplatz bemühen, *aber keine* Zusage erhalten (= „Abgewiesene“); diese Gruppe ist nochmals zu unterteilen in:
 - 2 a. Jugendliche, die aufgrund der fehlenden Zusage resignieren, und alternative Ausbildungswege einschlagen, direkt in die Erwerbstätigkeit einmünden oder im Haushalt der Eltern verbleiben (= „aufgegebene Nachfrage“);
 - 2 b. Jugendliche, die sich trotz der Absagen weiterhin um einen Ausbildungsplatz bemühen (= „beibehaltene Nachfrage“); diese Teilgruppe ist nochmals danach zu unterscheiden, ob bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz das Arbeitsamt als Vermittler eingeschaltet ist.

Es ist festzustellen, daß ein am APIFG orientiertes Nachfragekonzept die Teilgruppe 2 a überhaupt nicht berücksichtigt und die Teilgruppe 2 b nur unvollständig erfaßt, da nur diejenigen Jugendlichen einbezogen werden, die sich über das Arbeitsamt um einen Ausbildungsplatz bemühen. Während zum 30. 9. 1977 lediglich 27000 unversorgte Bewerber bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldet waren, bemühten sich nach den Ergebnissen der Absolventenbefragung des IAB (Erhebungszeitpunkt Oktober 1977) noch 40000 Jugendliche weiterhin um einen Ausbildungsplatz¹⁵⁾. Entsprechend wäre eine latente Nachfrage von 13 000 Jugendlichen zusätzlich zu berücksichtigen. Die Zahl der Jugendlichen, die aufgrund der fehlenden Zusage ihre Nachfrage aufgeben, ist nur als Schätzgröße zu ermitteln, da auch in dieser Teilgruppe potentielle Verzichter zu vermuten sind; es ist ebenfalls zu berücksichtigen, daß die betriebliche Ausbildung nicht in jedem Fall als primärer Ausbildungswunsch anzusehen ist. Auch ohne diese Jugendlichen dürfte die Größenordnung der „aufgegebenen Nachfrage“ zwischen 10000 bis 20000 Jugendlichen liegen.

Andere Ergebnisse aus dem IAB-Projekt haben gezeigt, daß im Vorfeld der Entscheidungsfindung häufig Alternativen für den zukünftigen Ausbildungsweg in Betracht gezogen werden. Daraus ergibt sich eine gewisse *Offenheit* in der Ausbildungswahl, die zu der Annahme führen könnte, daß ein an Ausbildungswünsche bzw. -absichten geknüpftes Nachfragekonzept zu weit gefaßt ist. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß zahlreiche Jugendliche bzw. deren Eltern trotz vorhandenem Ausbildungswunsch sich *nicht* um einen Platz für die berufliche Ausbildung bemühen, da sie die Erfolgsaussichten einer Bewerbung von vornherein als zu gering einschätzen. Während z. B. wenige Wochen vor Verlassen der Schule 50 % der Sonderschüler (9. Klasse der Sonderschule für Lernbehinderte) eine duale Ausbildung anstrebten, haben sich lediglich 39% desselben Personenkreises tatsächlich um einen betrieblichen Ausbildungsplatz beworben¹⁶⁾. Diese Daten deuten auf Einflußfaktoren des Ausbildungsstellenmarktes hin, die zwischen dem Ausbildungswunsch und der konkreten Bewerbung um einen Ausbildungsplatz wirksam werden. Allerdings sind hier auch individuelle Absichtsänderungen zu berücksichtigen, die sich nicht auf Marktdaten zurückführen lassen. Dennoch bleibt festzuhalten, daß bereits im Vorfeld der Ausbildungsplanung Selektionsprozesse stattfinden, die Jugendliche daran hindern, eine Ausbildungsabsicht in Bemühungen um einen Ausbildungsplatz umzusetzen. Die Diskrepanz zwischen Ausbildungsplänen und ihrer Realisierung geht aus Tab. 2 hervor.

¹²⁾ Obwohl auch hier zu problematisieren wäre, wie bei der ersten Gruppe „die Eignung“ oder besser „Nicht-Eignung“ festgestellt bzw. über Selektionskriterien entschieden wird, und inwieweit die „Freiwilligkeit“ bei der zweiten Gruppe von sozio-ökonomischen Gegebenheiten bzw. intraindividuellen Rechtfertigungen abhängt. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, daß „Eignung“ nicht unabhängig von Veränderungen auf dem Arbeits- bzw. Ausbildungsstellenmarkt gesehen werden kann (vgl. Eckardt, H.-H., Der Begriff der Eignung in psychologischer Sicht, in: MittAB 1/1979, S. 56).

¹³⁾ Dies zeigen u. a. die in einigen Kammerbezirken durchgeführten Erhebungen an Auszubildenden, bei denen diejenigen Jugendlichen, die nicht in ihrem ursprünglich gewünschten Ausbildungsberuf ausgebildet werden, nach dem früheren Berufsziel befragt wurden. Die Antworten dieser Jugendlichen zeigen dabei durchaus realisierbare Berufspräferenzen, die sich im Rahmen der Fähigkeiten der Jugendlichen bewegen (vgl. Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, 2861 Auszubildende antworten Ergebnisse einer Umfrage zu Berufswahl und Ausbildungsplatz, ohne Jahr). Auch Ergebnisse aus dem IAB – Projekt 3-213 belegen, daß sich Jugendliche im Rahmen ihrer Berufswahlüberlegungen intensiv mit den in ihrer unmittelbaren sozialen Umgebung vorkommenden Berufen befassen, und bei der Nennung von Zielberufen eine sehr realistische Selbsteinschätzung zugrunde legen (vgl. Saterdag, H., Stegmann, H., a.a.O.); zu ähnlichen Ergebnissen kommt Bender-Szymanski, D., Das Verhalten von Jugendlichen bei der Berufsentscheidung, Studien zur Arbeits- und Berufspädagogik 13, S. 509, vgl. dazu auch Beck, U. u. a., Berufswahl und Berufszuweisung, Zur sozialen Verwandtschaft von Ausbildungsberufen, Frankfurt, New York 1979, S. 103.

¹⁴⁾ Vgl. Alex, L., Betriebliche Berufsausbildung, Strukturen und Tendenzen, in BWP 2/1978, S.2f.

¹⁵⁾ Vgl. Stegmann, H., Holzhauer, /., a.a.O., S. 165; die Prozentwerte in der Tabelle 15 zur „beibehaltenen Nachfrage“ wurden hochgerechnet.

¹⁶⁾ Vgl. Saterdag, H., Stegmann, H., a. a. O.

Abb. 1
 Die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen:
 Nachfragegröße nach dem APIFG und latente Nachfrage.

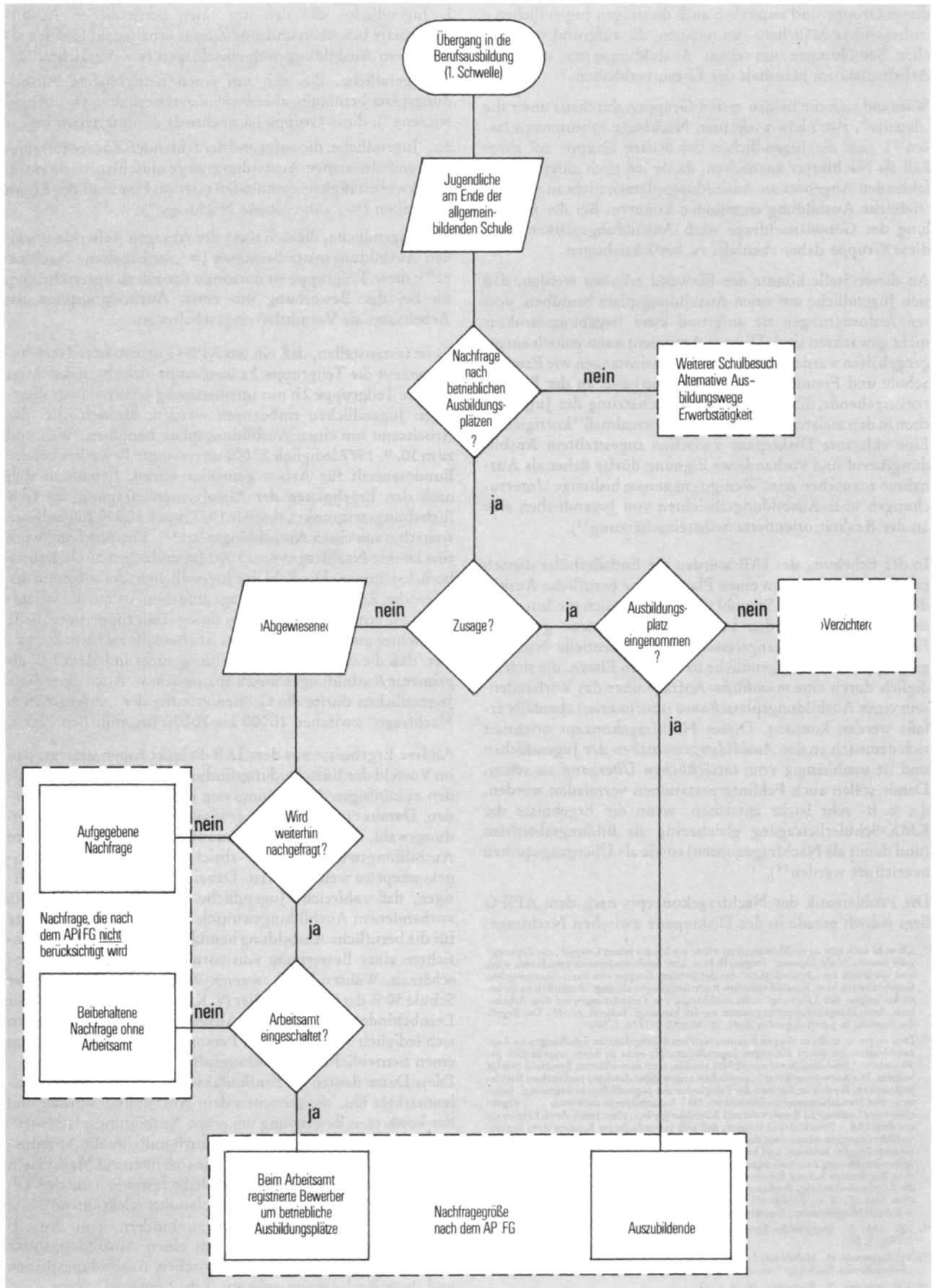


Tabelle 2

Pläne der Haupt- und Sonderschüler 9. Klassen für die Zeit nach dem Ende des Schuljahres (= „nächster Schritt“) und deren Realisierung

Erläuterung: Da häufig die Entscheidung über den weiteren Werdegang auch unmittelbar vor Ende des Schuljahres noch offen ist, waren Mehrfachnennungen möglich. Die Zeile „Absicht“ enthält daher jeweils zwei Werte: Die *Prozentzahl in Grundschrift* gibt an, wie häufig die Alternative insgesamt genannt wurde. Die *kursive Prozentzahl* weist den Anteil der Befragten auf, die nur die jeweilige Alternative und keine weitere genannt haben.

Übergang in ... 1)		Hauptschüler		Sonderschüler					
		Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen				
betriebliche Berufsausbildung	Absicht	77	59	56	39	60	32	44	20
	Realisierung	63	39			30	5		
Berufsgrundbildungsjahr 2)	Absicht	11	4	11	5	29	17	32	17
	Realisierung	8	7			34	37		
Berufsfachschule	Absicht	26	11	44	27	16	2	32	10
	Realisierung	13	32			1	11		
Erwerbstätigkeit ohne berufliche Ausbildung	Absicht	1	-	3	1	11	4	16	6
	Realisierung	1	3			10	12		
Verbleib in allgemeinbildender Schule	Absicht	14	12	16	14	22	20	24	20
	Realisierung	12	14			17	21		

1) ausgewählte Kategorien

2) Einschl. berufliches Vorbereitungsjahr und Sonderformen der beruflichen Grundbildung.

Quelle: Saterdag, H., Stegmann, H., a.a.O.

Für die Diskussion um die Feststellung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sind aufgrund der vorliegenden Ergebnisse folgende Aussagen zu treffen:

- Es läßt sich ein Kontinuum erstellen, das von einem relativ vagen Berufswunsch über Ausbildungsabsichten und entsprechende konkrete Bewerbungen zu der tatsächlich eingeschlagenen Ausbildung führt¹⁷⁾.
- Die Extrempunkte dieses Kontinuums (relativ offener Ausbildungswunsch versus eingeschlagene Berufsausbildung) sind häufig nicht deckungsgleich, da sowohl intraindividuelle Prozesse als auch die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt (zum Teil in Wechselwirkung) die Ausbildungsentscheidung beeinflussen.
- Es erscheint wenig sinnvoll, die Nachfrage nach Ausbildungsstellen mit Hilfe der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse und der beim Arbeitsamt gemeldeten Bewerber zu ermitteln, da bei diesem Konzept zahlreiche Jugendliche, die sich um einen Ausbildungsplatz bemühen, nicht erfaßt werden.

Auch ein Nachfragekonzept, das sich an den Ausbildungswünschen der Jugendlichen orientiert, läßt sich problematisieren: Die Frage, ob ein angestrebter Ausbildungsplatz für den Jugendlichen an erster, zweiter Stelle usw. einer Präferenzskala steht, bleibt bei dem verwendeten Nachfragekon-

zept zunächst ebenso offen wie die Möglichkeit, daß von vornherein keine Realisierungsabsicht besteht. Diese beiden Einwände lassen sich jedoch entkräften:

1. Die Tatsache, daß Jugendliche in ihren Ausbildungswünschen eine erste, zweite oder nachrangige Wahl treffen, ist bei der quantitativen Bestimmung der Nachfrage ohne Bedeutung, so lange sich diese Präferenzskala z. B. nur auf Ausbildungsberufe im dualen System bezieht: Die Nachfrage ist an die Person des Jugendlichen gebunden, d. h. ein Jugendlicher wird bei der Bestimmung der Nachfragegröße auch nur einmal als Nachfrager erfaßt, unabhängig davon, wie oft bzw. um welche verschiedenartigen Ausbildungsberufe er sich beworben hat.

Schwieriger wird es, wenn sich die Ausbildungswünsche - wie bei den Doppelnachfragern - auf verschiedene Ausbildungswege (betriebliche Berufsausbildung und Ausbildung an einer beruflichen Vollzeitschule) mit unterschiedlichen Präferenzen verteilen. Hier sind grundsätzlich zwei Vorgehensweisen möglich¹⁸⁾:

- Unabhängig von der Bewertung in erst- oder nachrangige Ausbildungsalternativen wird jedes Bemühen um einen Ausbildungsplatz als „Nachfrage“ eingestuft. Dieses Vorgehen stützt sich hauptsächlich darauf, daß in der Regel weder Anbieter noch Nachfrager Informationen über die Verbindlichkeit der jeweiligen Absicht besitzen.

- Es werden nur die „Primärwahlen“ der Jugendlichen zur Nachfrage gerechnet. Hier ergibt sich einmal das Problem, inwieweit der Jugendliche zu einer eindeutigen Prioritätensetzung in der Lage ist, und zum anderen sind der empirischen Feststellung dieser Prioritätsgrenzen gesetzt. Allerdings läßt sich eine empirisch fundierte Näherungsgröße ermitteln: Unter der Annahme, daß sich bei einer „freien Wahl“, d. h. im Beispiel der Doppelnachfrager bei vorhandener Zusage für einen Ausbildungsplatz von einem Betrieb und von einer Berufsfachschule, der Jugendliche entsprechend seiner Präferenzstruktur verhält, wäre eine Bestimmung der Primärwahl und eine entsprechende Verringerung der Nachfrage um die Sekundärwahl möglich.

2. Eng verknüpft mit dem Problem unterschiedlicher Prioritäten ist der Einwand, daß Jugendliche nach einem Ausbildungsplatz nachfragen, obwohl sie nicht beabsichtigen, tatsächlich in ein Ausbildungsverhältnis einzumünden. In diesen Fällen hätte die Nachfrage lediglich einen informativen (Test-)Charakter und wäre als Erkundung von *Ausbildungsalternativen* zu verstehen. Diesem Einwand ist jedoch entgegenzuhalten, daß

- der Bedeutungsinhalt des Begriffs „bemühen“ im Sprachgebrauch eine gewisse Verbindlichkeit der Absicht unterstellt;

- die Zahl der Bewerbungen als Indikator für die Intensität der Bemühungen anzusehen ist, und die Tatsache der Mehrfachbewerbungen¹⁹⁾ gegen den Testcharakter der Nachfrage spricht;

- der informative Charakter kaum von einer *Option* zu unterscheiden ist: Da der Gesetzgeber durch die Forderung eines 12,5%igen Überangebots an Ausbildungsplätzen den Jugendlichen u. a. auch die Möglichkeit einräumen will, eine Ausbildungsentscheidung zwischen *realisierbaren* Alternativen zu treffen, wird für den Jugendlichen ein Optionsrecht vorausgesetzt.

Diese Ausführungen zeigen, daß ein Nachfragekonzept, das sich an den Übergangquoten bzw. an der Meldung beim

¹⁷⁾ Vgl. Crites, J. O., Vocational psychology, The study of vocational behavior and development, New York 1969.

¹⁸⁾ Diese alternativen Bestimmungen der Nachfrage ergaben Nachfragegrößen, die um 54000 (Alternative I) bzw. um 25000 (Alternative II) Ausbildungsplätze über der nach dem APIFG vermittelten Nachfrage im Berufsbildungsbericht liegen (vgl. Saterdag, H., Stegmann, H., a.a.O.). Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Näherungswert nur eine grobe Schätzung darstellt, da die Priorität für den eingeschlagenen Ausbildungsweg auch von anderen Faktoren abhängen kann, die jedoch nicht bekannt sind (z. B. Übergang in eine Berufsfachschule, weil der vom Betrieb zugesagte Ausbildungsplatz nicht mit dem Ausbildungswunsch übereinstimmte).

¹⁹⁾ Vgl. unten, Abschnitt 3.1.

Arbeitsamt orientiert, insbesondere zu Zeiten eines angespannten Ausbildungsstellenmarktes die Ausbildungswünsche der Jugendlichen nur unzureichend wiedergibt.

Daß die Jugendlichen der betrieblichen Ausbildung einen hohen Stellenwert beimessen, wird einmal durch die steigende Zahl der Abiturienten in einer dualen Ausbildung verdeutlicht; zum anderen entscheiden sich Jugendliche, die sich sowohl um eine schulische als auch um eine betriebliche Ausbildung beworben haben und auf beide Bewerbungen Zusagen erhielten, zu 80% für die Ausbildung in einem Betrieb. Gerade im Hinblick auf die späten 80er Jahre, wenn aus der „Ausbildungslücke“ durch die geburtenchwachen Jahrgänge eine „Auszubildendenlücke“ entstehen wird und ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften droht, ist es notwendig, allen Jugendlichen, die eine Ausbildung anstreben, auch einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

2.2 Das zusätzliche Angebot an Ausbildungsplätzen

Aufgrund der prognostizierten Ausbildungslücke bestand in der bildungspolitischen Diskussion der vergangenen Jahre kein Dissens darüber, daß erhebliche Anstrengungen notwendig sind, um den Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge eine Ausbildungschance zu sichern. Als Beitrag der Wirtschaft zur Lösung dieses Problems wurde für das Jahr 1977 die Schaffung von 100 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen in Aussicht gestellt²⁰). Die genaue Zahl der zusätzlichen Ausbildungsplätze läßt sich allerdings anhand der Berufsbildungsstatistik nicht exakt bestimmen. Bei der Ermittlung eines – ersatzweise konstruierten – Näherungswertes bieten sich folgende Möglichkeiten an:

- Der Vergleich des Bestandes an Auszubildenden am 31. 12. 1976 zum Bestand am 31. 12. 1977. Die Differenz zwischen beiden Bestandsgrößen kann als Näherungswert für die Zahl der zusätzlichen Ausbildungsplätze herangezogen werden. Nach dieser Rechnung waren am Jahresende 1977 80 867 Auszubildende mehr abgeschlossen als ein Jahr zuvor, was einer Zunahme von 6,1 % entspricht²¹). Mit Hilfe eines Vergleichs von Bestandsgrößen läßt sich jedoch keine exakte Aussage über die quantitative Entwicklung der Strömungsgrößen (Zustrom und Abstrom) treffen. So kann z. B. der Bestand an Auszubildenden konstant bleiben, obwohl zahlreiche Ausbildungsplätze neu geschaffen werden, wenn der Neuzugang dadurch ausgeglichen wird, daß bisherige Ausbildungsplätze nicht wieder besetzt werden. Ebenfalls kann durch strukturelle Veränderungen des Bestandes (z. B. steigende Zahl der Jugendlichen mit verkürzter Ausbildungszeit) bei konstanter Zahl an bestehenden Auszubildenden der Zugang von neu zu besetzenden Ausbildungsplätzen erhöht werden. Tatsächlich ist empirisch ein Anstieg der Auszubildenden mit verkürzter Ausbildungszeit festzustellen²²). Daher dürfte die ermittelte

Differenz zwischen dem Bestand an Auszubildenden 1976 und 1977 nicht der Zahl der „zusätzlich“ versorgten Jugendlichen entsprechen, die geringfügig höher anzusetzen wäre. Wird jedoch exakt zwischen Ausbildungsplatz und Auszubildendem unterschieden, so zeigt sich, daß dadurch keine zusätzlichen Ausbildungsplätze geschaffen wurden, sondern daß sich lediglich die Verbleibdauer der Jugendlichen im dualen System verringert hat.

- Als zweite Möglichkeit zur Quantifizierung der neu geschaffenen Ausbildungsplätze bietet sich die Zahl der neu abgeschlossenen Auszubildenden (= Zustrom) an. Ein Vergleich der neu abgeschlossenen Auszubildenden 1977 zu 1976 zeigt eine Steigerung von ca. 110 000 Auszubildenden an²³). Doch auch bei dieser Gegenüberstellung behalten die oben bereits erwähnten Bedenken gegen einen Vergleich der Bestandsgrößen ihre Gültigkeit, da mögliche Veränderungen des Abstroms nicht berücksichtigt werden. Eine Bilanzierung von Zu- und Abstrom für das Jahr 1977 als weitere Berechnungsalternative, die die neu abgeschlossenen Auszubildenden mit der Zahl der bestandenen Abschlußprüfungen sowie der vorzeitig gelösten Auszubildenden vergleicht, ergibt ein zusätzliches Angebot von 45 000 Ausbildungsplätzen²⁴). Jedoch sind auch hier Relativierungen notwendig, da sich z. B. zeitliche Abgrenzungsschwierigkeiten zeigen, wenn ein Auszubildender gegen Ende des Jahres vorzeitig gelöst wird, der frei gewordene Ausbildungsplatz aber erst im neuen Jahr wieder besetzt wird.

Selbst wenn davon ausgegangen wird, daß die Zielvorgabe des Berufsbildungsberichts 1977 überwiegend erreicht wurde, dürfen qualitative Aspekte nicht vernachlässigt werden, die sich aus der Struktur der neu geschaffenen Ausbildungsplätze ergeben. Die folgenden Daten beziehen sich zwar auf die Bestandszahlen an Ausbildungsplätzen zum 31. 12. 1976 bzw. zum 31. 12. 1977, sie stellen also nur einen Näherungswert für die zusätzlichen Ausbildungsplätze dar. Für die Argumentation unter qualitativem Aspekt geben sie jedoch wichtige Anhaltspunkte zur Beurteilung des zusätzlichen Angebots an Ausbildungsplätzen.

Bei einer Analyse der im Vergleich 1976-1977 zusätzlich bestehenden Auszubildenden nach Ausbildungsbereichen zeigt sich deutlich, daß mehr als die Hälfte der neuen Ausbildungsplätze (57%) im Handwerk geschaffen wurden. Lediglich im Bereich der Landwirtschaft war der relative Zuwachs an Auszubildenden zwischen 1976 und 1977 noch größer als im Handwerk (vgl. Tab. 3). Bekanntlich wird im Handwerk weit über den Eigenbedarf ausgebildet, so daß ein großer Teil der im Handwerk ausgebildeten Erwerbspersonen (37%) nicht dort beschäftigt werden kann; da mit dem Wechsel des Wirtschaftsbereiches bei Facharbeitern überdurchschnittlich häufig ein Übergang in die Tätigkeit eines Hilfs- oder angelernten Arbeiters verbunden ist, ergeben sich zusätzliche Risiken für den weiteren Berufsverlauf dieser Auszubildenden²⁵).

Dieses Bild wird noch deutlicher, wenn die Veränderungen in der Zahl der Auszubildenden zwischen 1976 und 1977 nach Ausbildungsberufen analysiert werden. Bei den 25 am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen (männliche Jugendliche, 1977) zeigt sich deutlich, daß zusätzliche Ausbildungsplätze zu einem großen Teil in den Berufen bestehen, die mindestens eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen (in Tab. 4 sind diese Ausbildungsberufe mit einem Kreuz gekennzeichnet):

- Der Anteil der Berufswechsler liegt über dem Durchschnitt

²⁰) Vgl. Berufsbildungsbericht 1977, S. 27.

²¹) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Berufliche Bildung 1977, a. a. O., S. 10.

²²) Vgl. Berufsbildungsbericht 1978, S. 25.

²³) 1976: 462 010 (vgl. Berufsbildungsbericht 1978, S. 76);
1977: 572 315 (vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Berufliche Bildung 1977, S. 48).

²⁴) Zahl der neu abgeschlossenen Auszubildenden 1977: 572 315
minus Zahl der Jugendlichen mit bestandener Abschlußprüfung 1977: 470 384
minus Zahl der vorzeitig gelösten Auszubildenden 1977: 56 943

44 988

(vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Berufliche Bildung 1977, S. 38, 48, 101).

²⁵) Vgl. Hofbauer, H., Strukturdisparitäten zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystemen im Bereich der betrieblichen Berufsausbildung für Facharbeiterberufe, in: MittAB 2/1977, S. 254. Obwohl sich diese Aussagen auf Erwerbstätige des Jahres 1970 beziehen, dürften sie auch heute – evtl. sogar in verstärktem Maße – Gültigkeit besitzen.

Tabelle 3

Veränderungen in der Zahl der Ausbildungsverhältnisse zwischen 1976 und 1977 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht

Ausbildungsbereich		Auszubildende					
		1976			1977		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Industrie und Handel	a	611.173	370.945	240.228	643.817	383.854	259.963
	b				32.644	12.909	19.735
	c				+5,3%	+3,5%	+8,2%
Handwerk	a	510.356	404.787	105.569	556.088	435.607	120.481
	b				45.732	30.820	14.912
	c				+9,0%	+7,6%	+14,1%
Landwirtschaft	a	37.361	29.962	7.399	41.003	32.141	8.862
	b				3.642	2.179	1.463
	c				+9,7%	+7,3%	+19,8%
öffentlicher Dienst	a	43.850	30.043	13.807	44.841	29.305	15.536
	b				991	738	1.729
	c				+2,3%	-2,5%	+12,5%
Sonstige Ausbildungsbereiche	a	113.822	5.894	107.928	111.680	6.275	105.405
	b				2.142	381	2.523
	c				-1,9%	+6,5%	-2,3%
Insgesamt	a	1.316.562	841.631	474.931	1.397.429	887.182	510.247
	b				80.867	45.551	35.316
	c				+6,1%	+5,4%	+7,4%

a = Bestand zum 31. 12. 76/77, b = absolute Veränderung von 1976-1977, c = relative Veränderung von 1976-1977

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Berufliche Bildung 1977, Stuttgart, Mainz 1978, S. 10.

Tabelle 4

Veränderungen im Bestand an Ausbildungsverhältnissen in den 25 am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen (männliche Jugendliche) zwischen 1976 und 1977

Rang	Kennziffer	Ausbildungsberuf	Ausbildungsbereich	1977	1976	Differenz	
1	2811	Kraftfahrzeugmechaniker	Hw	80.259	73.200	+ 7.059	×
2	3110	Elektroinstallateur	Hw	46.470	50.645	- 4.175	
3	2730	Maschinenschlosser	IH	41.790	41.730	+ 60	
4	5110	Maler und Lackierer	Hw	29.705	27.114	+ 2.591	×
5	5010	Tischler	Hw	29.697	26.217	+ 3.480	
6	6811	Kaufmann im Groß- und Außenhandel	IH	26.595	26.118	+ 477	
7	4410	Maurer	Hw	26.121	20.711	+ 5.410	×*)
8	2621	Gas- und Wasserinstallateur	Hw	25.898	24.919	+ 979	
9	7812	Industriekaufmann	IH	22.329	21.937	+ 392	
10	2910	Werkzeugmacher	IH	21.484	22.686	- 1.202	
11	3911	Bäcker	Hw	20.660	17.657	+ 3.003	×
12	4010	Fleischer	Hw	20.589	18.368	+ 2.221	×
13	0110	Landwirt	Lw	18.085	17.495	+ 590	×
14	2740	Betriebsschlosser	IH	17.407	16.094	+ 1.313	
15	6910	Bankkaufmann	IH	17.074	16.362	+ 712	
16	2710	Schlosser (Blitzableiterbauer)	Hw	16.664	15.499	+ 1.165	
17	6820	Verkäufer (1. Stufe)	IH	16.385	15.885	+ 500	
18	6812	Einzelhandelskaufmann (2. Stufe)	IH	16.145	15.648	+ 497	
19	3110	Elektroanlageninstallateur	IH	14.502	14.264	+ 238	
20	4110	Koch	IH	14.058	12.913	+ 1.145	×
21	2622	Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	Hw	13.108	11.950	+ 1.158	
22	2821	Landmaschinenmechaniker	Hw	12.104	11.544	+ 560	
23	2850	Mechaniker	IH	11.288	11.213	+ 75	
24	3151	Radio- und Fernsehtechniker	Hw	11.223	11.881	- 658	
25	3110	Energieanlagenelektroniker	IH	11.138	11.081	+ 57	
Σ				580.778	553.131	+ 27.647	
alle Ausbildungsberufe				887.182	841.631	+ 45.551	

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Berufliche Bildung 1977, Stuttgart, Mainz 1978, S. 87.

*) Beim Maurer ist - im Gegensatz zu den anderen mit einem Kreuz versehenen Ausbildungsberufen - ein Nachholbedarf aufgrund von Rekrutierungsschwierigkeiten in früheren Jahren zu berücksichtigen.

von 32 % bei allen männlichen Erwerbspersonen (1970 mit einer betrieblichen Berufsausbildung²⁶⁾.

- Der Anteil der Berufswechsler, die nichts oder nur wenig von ihren Kenntnissen und Fertigkeiten aus dem alten Beruf verwerten können, liegt über dem Durchschnitt von 51 %²⁷⁾.
- Der Anteil derjenigen Facharbeiter, die aus diesem Ausbildungsberuf in eine Hilfsarbeiter- oder Angelerntentätigkeit abgestiegen sind, liegt über dem Durchschnitt von 21 %²⁸⁾.

Es ist festzustellen, daß drei Viertel (79%) der zusätzlichen Ausbildungsverhältnisse (bei den 25 am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen) in Ausbildungsberufen zustande kamen, in denen ein kontinuierlicher Berufsverlauf für die Zukunft sehr unsicher erscheint²⁹⁾. Es zeigt sich auch, daß in den Ausbildungsberufen Elektroinstallateur und Werkzeugmacher eine rückläufige Zahl an Ausbildungsverhältnissen festzustellen ist, obwohl Metall- und Elektroberufe eine hohe Wirtschaftsbereichsflexibilität aufweisen. Die Aussage, daß eine qualifizierte Ausbildung, auch wenn sie in nicht primär unmittelbar zukunftsbezogenen Berufen stattfindet, auf jeden Fall besser ist als gar keine Ausbildung, behält zwar auch weiterhin ihre Gültigkeit. Der politische Vorrang der Schließung der global quantitativen Ausbildungslücke ist unbestritten, und es ist eine bemerkenswerte Leistung aller Beteiligten, daß diese Problematik bisher zum großen Teil bewältigt wurde. Demgegenüber war manches andere „cura posterior“. Es lassen sich auch nicht *alle* Qualifikationsprobleme gleichzeitig lösen. Die Bewältigung der „ersten Sorge“ darf aber die Aufmerksamkeit für die Strukturaufgaben nicht ruhen lassen. Die angeführten Zahlen geben Anlaß zu anhaltender Besorgnis, da sie andeuten, daß die schon seit einiger Zeit bestehenden strukturellen Diskrepanzen zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem weiter verstärkt werden.

²⁶⁾ Vgl. Hofbauer, H., König, P., Berufswechsel bei männlichen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, in MittAB 1/1973, S. 56 f. Obwohl ein Berufswechsel auch im Interesse des Betroffenen liegen kann (z. B. höheres Einkommen, verantwortungsvollere Tätigkeit), ist damit immer ein Risiko verbunden.

²⁷⁾ Ebd. S. 56 f.

²⁸⁾ Vgl. Hofbauer, H. (1977) a.a.O., S. 253.

²⁹⁾ Vgl. Hofbauer, H., König, P., a.a.O., S. 56f. insbesondere in den Nahrungsmittelherstellerberufen wurde bereits für 1975 ein hoher Überschuß an Auszubildenden festgestellt (vgl. Hofbauer, H., a.a.O., S. 255ff.).

^{29a)} Vgl. Saterdag, H., Stegmann, H., a.a.O.

3. Jugendliche bei der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz

3.1 Das Bewerbungsverhalten der Jugendlichen

Bewerbungen um einen oder um mehrere Ausbildungsberufe

Ergebnisse aus der IAB-Längsschnittuntersuchung haben gezeigt, daß die Ausbildungswünsche der Eltern in bezug auf ihre Kinder nicht auf *eine* Ausbildung fixiert sind^{29a)}. Diese Offenheit ist einmal auf fehlende, konkrete Ausbildungspläne, zum anderen aber auch auf eine Verunsicherung zurückzuführen, die von den Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt ausgeht. So wird die Diskussion um die Nachfrage nach beruflichen Ausbildungsplätzen häufig mit der normativen Implikation verbunden, daß sich Jugendliche in ihrem Ausbildungswunsch nicht auf *einen* Ausbildungsberuf - evtl. den sogenannten *Traumberuf* - festlegen, sondern auch alternative Ausbildungen in Erwägung ziehen sollen. Insbesondere bei Engpässen auf dem Ausbildungsstellenmarkt würde das Allokationsproblem durch diese Flexibilität in den Ausbildungsabsichten gelöst.

Wie groß die Anpassungsbereitschaft der Jugendlichen an die Gegebenheiten des Ausbildungsstellenmarktes ist, geht aus Tab. 5 hervor. Es zeigt sich, daß insgesamt knapp die Hälfte der Jugendlichen nicht auf *eine* berufliche Ausbildung festgelegt ist, sondern sich um verschiedenartige Ausbildungen bewirbt.

Folgende Aussagen lassen sich zusätzlich treffen:

- Absolventen weiterführender Schulen (Realschüler, Hochschulberechtigte) zeigen eine größere Bereitschaft, sich nicht nur für einen Ausbildungsberuf zu bewerben, als Haupt- und Sonderschüler.
- Weibliche Jugendliche bewerben sich unabhängig von der Schulart ebenfalls häufiger um verschiedenartige Ausbildungen als männliche Jugendliche.

Obwohl bei dieser Frage auch die Verwandtschaft einzelner Berufe zu berücksichtigen ist, deutet die hohe Anpassungsbereitschaft bei weiblichen Jugendlichen darauf hin, daß sie bei der Ausbildungsplatzsuche größere Schwierigkeiten erwarten als männliche Jugendliche.

Die Zahl der Bewerbungen

In den Medien wird immer wieder über einzelne Jugendliche berichtet, die keinen Ausbildungsplatz erhalten, obwohl die

Tabelle 5
Bewerbungen für eine oder verschiedenartige berufliche Ausbildungen (in Prozent) ¹⁾

	Nachfrager bei Betrieben ²⁾														
	Sonderschüler			Hauptschulabgänger (ohne Abschluß)			Hauptschulabsolventen			Realschulabsolventen			Hochschulberechtigte		
	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.
Nein, ich habe mich immer nur für <i>dieselbe</i> berufliche Ausbildung beworben.	64	69	(59)	61	63	57	58	61	55	39	44	35	45	54	36
Ja, ich habe mich für <i>verschiedenartige</i> berufliche Ausbildungen beworben.	36	31	(41)	39	37	43	42	39	45	61	56	65	55	46	64
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Prozentuierungsbasis ohne fehlende Daten.

²⁾ Einschließlich Doppelnachfrager (= Jugendliche, die sich sowohl bei Betrieben als auch bei Berufsfachschulen um einen Ausbildungsplatz bemüht haben).

Zahl ihrer Bewerbungen bereits eine dreistellige Größenordnung erreicht hat. Die Ergebnisse der Absolventenbefragung belegen jedoch, daß es sich hier tatsächlich nur um Einzelfälle handelt. So gaben z. B. nur 0,1 % der Realschulabsolventen, die sich um eine betriebliche Ausbildung bemühten, an, daß sie sich mehr als 100mal beworben haben. Trotzdem ist nicht zu übersehen, daß die Jugendlichen sich teilweise sehr oft um einen Ausbildungsplatz bewerben: Nur eine Minderheit bewirbt sich nicht mehr als einmal (vgl. Tab. 6).

Sicher gibt es unterschiedliche Gründe für Mehrfachbewerbungen, die jedoch auch gleichzeitig auftreten können:

- Im Sinne einer rationalen Berufswahlentscheidung sind mehrere, realisierbare Alternativen zu erkunden.
- Jugendliche haben aufgrund breit gestreuter Interessen noch keine eindeutige Präferenz für eine bestimmte Ausbildung entwickelt.
- Jugendliche sehen in Mehrfachbewerbungen einen Weg, ihre Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu erhöhen.

Berücksichtigt man, daß zu Zeiten eines starken Überhangs an Ausbildungsstellen Mehrfachbewerbungen in geringerem Umfang stattfanden³⁰⁾, so dürfte der zuletzt genannte Grund zumindest an Bedeutung gewonnen haben. Dafür spricht auch die Tatsache, daß sich weibliche Jugendliche -unabhängig vom Schulabschluß – durchgängig häufiger um einen Ausbildungsplatz im dualen System bewerben als männliche Jugendliche, wie aus den höheren Durchschnittswerten zu ersehen ist.

Insbesondere Absolventen weiterführender Schulen (Realschüler, Hochschulberechtigte) versuchen, durch Mehrfachbewerbungen ihre Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu erhöhen. Etwa ein Viertel dieser Nachfrager bei Betrieben bewirbt sich mehr als zehnmal um einen Ausbildungsplatz; jeder siebente Realschüler und jeder neunte Abiturient unter den Bewerbern um einen betrieblichen Ausbildungsplatz geben an, sich zwanzigmal und öfters beworben

zu haben (vgl. Tab. 6). Das quantitative Ausmaß dieser Zahlen wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß der Ausbildungsstellenmarkt allein durch den Abiturientenjahrgang 1976 mit ca. 400 000 Bewerbungen überschwemmt wurde.

Die regionalen Besonderheiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt spiegeln sich in den unterschiedlichen Mittelwerten zur Bewerbungszahl wider (vgl. Tab. 7). So liegt die durchschnittliche Zahl der Bewerbungen in Baden-Württemberg -unabhängig von den Merkmalen »Geschlecht« und »Schulart« – unter der vergleichbaren Zahl für die Bundesrepublik Deutschland. Besonders hoch sind dagegen die Bewerbungszahlen in Rheinland-Pfalz/Saarland, wo weibliche Realschulabsolventen vier, weibliche Hochschulberechtigte zwei Bewerbungen mehr an potentielle Auszubildende richten als in Baden-Württemberg.

Der Zeitpunkt der ersten Bewerbung

Die Jugendlichen bewerben sich schon sehr frühzeitig um einen Platz für die berufliche Ausbildung. Bereits vor dem 30. September 1976, dem Stichtag zur Bestimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt für 1976, hatte sich fast jeder dritte Realschüler (30 %) und jeder fünfte Hauptschüler (19 %) um einen betrieblichen Ausbildungsplatz beworben, obwohl er die Schule erst im darauffolgenden Sommer mit Mittlerer Reife bzw. mit Hauptschulabschluß verlassen hat (vgl. Tab. 8, Spalten 7 und 10). Der frühzeitige Bewerbungstermin läßt sich so interpretieren, daß sich jeder Jugendliche für den »Wettlauf« um einen Ausbildungsplatz eine möglichst günstige Ausgangsposition sichern will und daher zumindest einen zeitlichen Vorsprung vor seinen Mitbewerbern anstrebt. Zweifellos wird dieser frühe Beginn auch durch Bewerbungstermine hervorgerufen, die – wie z. B. bei den Laufbahnen im öffentlichen Dienst – von den Anbietern von Ausbildungsplätzen auf etwa Mitte September, also ca. neun Monate vor Verlassen der Schule, festgelegt werden.

Der Zeitpunkt der ersten Bewerbung variiert stark nach der Schulart, in geringerem Ausmaß auch nach Geschlecht. Im einzelnen lassen sich folgende Feststellungen treffen:

- Je höher das Bildungsniveau der Jugendlichen ist, desto früher beginnen sie, sich um einen betrieblichen Ausbildungs-

³⁰⁾ So gaben 1972 knapp zwei Drittel von befragten Auszubildenden an, daß sie sich nur bei einem Betrieb um eine Ausbildungsstelle beworben haben (vgl. Alex, L., Heuser, H., Reinhardt, H., Das Berufsbildungsgesetz in der Praxis, Eine Repräsentativbefragung von Auszubildenden, Schriftenreihe Berufliche Bildung I, Bonn 1972, S. 80).

Tabelle 6
Entlaßschüler, die sich um einen Platz für die berufliche Ausbildung im dualen System bemühen, und die Zahl ihrer Bewerbungen (in Prozent¹⁾)

Zahl der Bewerbungen	Schulart / Schulabschluß									
	Sonderschule		Hauptschule ohne Abschluß		Hauptschule mit Abschluß		Realschule		Hochschulberechtigte	
	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.
1 Bewerbung	40	(24)	35	26	30	25	16	14	21	16
2 Bewerbungen	21	(24)	17	16	15	13	9	8	11	9
3 bis 5 Bewerbungen	26	(32)	27	29	30	31	24	21	26	25
6 bis 10 Bewerbungen	12	/	16	19	18	20	23	22	20	22
11 bis 19 Bewerbungen	/	/	/	/	7	10	14	16	11	13
20 und mehr Bewerbungen	—	—	—	—	—	—	14	19	11	15
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Durchschnittliche Zahl der Bewerbungen	2,9	3,1	3,4	4,7	4,2	4,9	8,1	9,8	7,2	8,5

¹⁾ Prozentuierungsbasis ohne fehlende Daten.

Tabelle 7a

Durchschnittliche Zahl der Bewerbungen bei weiblichen Absolventen und Abgängern, die sich um eine betriebliche Berufsausbildung bemüht haben, nach Landesarbeitsamtsbezirken / Bundesländern

	Schulart	Landesarbeitsamtsbezirke / Bundesländer								Bundesrepublik Deutschland insgesamt
		Schleswig-Holstein / Hamburg	Niedersachsen / Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz / Saarland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin (West)	
Durchschnittliche Zahl der Bewerbungen	Sonderschüler, Hauptschulabgänger 7., 8., 9. Klasse	/	/	(4,1)	/	/	/	(3,3)	/	4,2
	Hauptschulabsolventen (mit Abschluß)	6,1	5,1	4,4	(5,3)	4,8	4,7	5,1	/	4,9
	Realschulabsolventen	9,9	10,5	10,4	10,2	11,7	7,9	9,2	11,6	9,8
	Hochschulberechtigte ¹⁾	(8,4)	8,6	8,3	8,4	10,0	8,0		/	8,5

1) Für Bayern nicht ausgewiesen (unterschiedlicher Entlaßjahrgang).

Tabelle 7b

Durchschnittliche Zahl der Bewerbungen bei männlichen Absolventen und Abgängern, die sich um eine betriebliche Berufsausbildung bemüht haben, nach Landesarbeitsamtsbezirken / Bundesländern

	Schulart	Landesarbeitsamtsbezirke / Bundesländer								Bundesrepublik Deutschland insgesamt
		Schleswig-Holstein / Hamburg	Niedersachsen / Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz / Saarland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin (West)	
Durchschnittliche Zahl der Bewerbungen	Sonderschüler, Hauptschulabgänger 7., 8., 9. Klasse	(3,5)	(2,6)	2,9	(2,7)	(2,4)	(3,8)	(3,5)	/	3,2
	Hauptschulabsolventen (mit Abschluß)	4,0	3,5	3,6	4,1	4,2	3,4	4,3	/	3,8
	Realschulabsolventen	7,6	7,1	6,9	7,0	8,8	5,5	6,9	8,3	6,9
	Hochschulberechtigte ¹⁾	5,7	5,7	6,2	6,5	7,9	5,3		/	6,3

1) Für Bayern nicht ausgewiesen (unterschiedlicher Entlaßjahrgang).

Tabelle 8

Der Zeitpunkt der ersten Bewerbung um einen betrieblichen Ausbildungsplatz durch Absolventen und Abgänger aus dem Sekundarbereich I des Entlaßjahrganges 1977 (in Prozent)¹⁾

Zeitpunkt der Bewerbung	ehemalige Sonderschüler			Hauptschulabgänger ohne Abschluß			Hauptschulabsolventen mit Abschluß			Realschulabsolventen		
	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Juni 1976 und früher	/	/	—	3	5	/	9	9	9	12	8	15
Juli 1976 bis September 1976	/	/	/	7	13	/	10	12	9	18	17	19
Oktober 1976 bis Dezember 1976	12	(14)	/	15	15	16	23	24	22	33	35	32
Januar 1977 bis März 1977	23	(26)	/	31	22	43	33	33	33	27	29	25
April 1977 bis Juni 1977	28	(26)	(32)	28	31	25	14	14	14	7	8	6
Juli 1977 und später	25	(17)	(42)	15	15	16	10	9	13	3	3	3
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Prozentuierungsbasis ohne fehlende Daten.

Tabelle 9

Das quantitative Ausmaß von Absagen¹⁾ auf Bewerbungen um einen betrieblichen Ausbildungsplatz (in Prozent²⁾)

	Schulart / Schulabschluß									
	Sonderschüler		Hauptschüler ohne Abschluß		Hauptschulabsolventen		Realschulabsolventen		Hochschulberechtigte ³⁾	
	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.
keine Absagen	35	(31)	38	35	34	26	20	15	19	13
keine Absagen, aber noch offene Bewerbungen	/	/	/	/	1	1	1	2	2	/
Absagen	61	(62)	59	61	65	73	79	83	79	87
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Die Frage lautete: Haben Sie auf Ihre Bewerbungen um einen Platz für die berufliche Ausbildung Absagen erhalten?

-) Nein
-) Nein, es stehen noch einige Bewerbungen offen.
-) Ja

2) Prozentuierungsbasis ohne fehlende Daten

3) Entlaßjahrgang 1976 ohne Bayern.

platz zu bewerben: Bis zum Ende des Jahres 1976 haben sich bereits nahezu zwei Drittel (63 %) der Realschulabsolventen und zwei von fünf Hauptschulabsolventen (42 %) um einen betrieblichen Ausbildungsplatz beworben, bei den Hauptschulabgängern ohne Abschluß und bei den Sonderschülern war bis zu diesem Zeitpunkt dagegen nur jeder vierte (25 %) bzw. fünfte (22 %) mit mindestens einer Bewerbung auf dem Ausbildungsstellenmarkt als Nachfrager aufgetreten.

- Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich insbesondere bei Realschulabsolventen: *Weibliche Entlaßschüler mit Mittlerer Reife bewerben sich früher als männliche Entlaßschüler.* Dafür könnten einmal Besonderheiten im Berufswahlverhalten von Mädchen³¹⁾, zum anderen aber auch eine ungünstigere Einschätzung der Erfolgsaussichten beitragen. Während bei den Hauptschulabsolventen nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen, bewerben sich bei den ehemaligen Sonderschülern und bei den Hauptschulabgängern ohne Abschluß weibliche Jugendliche vergleichsweise spät, wobei allerdings auf die geringe Fallzahl bei diesen beiden Gruppen hinzuweisen ist.

Die Tatsache, daß jeder zehnte Nachfrager mit Hauptschulabschluß, etwa jeder siebente Nachfrager ohne Hauptschulabschluß und sogar jeder vierte Nachfrager aus der Sonderschule erst im Juli 1977 und später beginnt, sich zu bewerben, deutet darauf hin, daß sich einige Jugendliche erst dann um einen Ausbildungsplatz bemühen, wenn sowohl in bezug auf Quantität als auch in bezug auf Qualität der größte Teil der Ausbildungsstellen bereits vergeben sein dürfte³²⁾. Es ist bezeichnend, daß sich der Anteil dieser „Spätbewerber“ mit sinkendem Bildungsniveau erhöht; gleichzeitig ergibt sich daraus die Forderung nach stärkeren Anstrengungen, gerade diesen Personenkreis durch berufsorientierende Maßnahmen bereits in der Schule auf den Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung vorzubereiten³³⁾.

3.2 Der Erfolg der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen

Im vorangehenden Abschnitt wurde festgestellt, daß die Jugendlichen versuchen, die Schwierigkeiten bei der Ausbil-

dungsstellensuche durch Bewerbungen um verschiedenartige Ausbildungen, durch eine sehr frühzeitige Bewerbung sowie durch Mehrfachbewerbungen zu umgehen. Zweifelloso bleibt dieses Nachfrageverhalten nicht ohne Wirkung auf den Ausbildungsstellenmarkt, da die Anbieter von Ausbildungsplätzen auf dieses Verhalten reagieren müssen. Wird z. B. von einem konstanten Angebot an Ausbildungsplätzen ausgegangen, dann führt jede zusätzliche Bewerbung auch zwangsläufig zu einer zusätzlichen Absage. Im folgenden werden daher die Reaktionen der Anbieter in Form von Absagen und Zusagen auf das Nachfrageverhalten dargestellt.

Absagen auf Bewerbungen

Die Mehrzahl der Jugendlichen erhält auf ihre Bewerbungen bei Betrieben mindestens eine Absage (vgl. Tab. 9). Die Schulart- und geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Absagen sind spiegelbildlich zur Zahl der Bewerbungen:

- Mit steigendem Bildungsniveau nimmt auch der Anteil der Jugendlichen zu, die mindestens eine Absage erhalten haben. Lediglich weibliche Realschulabsolventen, die sich im Durchschnitt häufiger um einen betrieblichen Ausbildungsplatz beworben haben als weibliche Hochschulberechtigte, haben nicht so oft Absagen erhalten (83 zu 87 %, vgl. Tab. 9).
- Bei weiblichen Jugendlichen, die höhere Bewerbungszahlen als männliche Jugendliche haben, liegt der Anteil mit mindestens einer Absage – unabhängig von der Schulart – über dem der männlichen Nachfrager.

Hier ist jedoch zu fragen, ob die hohe Zahl der Absagen auf die Mehrfachbewerbungen zurückzuführen ist, oder ob nicht umgekehrt erfolglose Bewerbungen weitere Bemühungen um einen Ausbildungsplatz induzieren. Zwar lassen sich die Flexibilität bei der Ausbildungsplatzsuche sowie die Zahl der Bewerbungen als Indikatoren für Engpässe auf dem Ausbildungsstellenmarkt ansehen, doch fehlen Informationen darüber, ob

- eine weitere Bewerbung erst nach Erhalt einer Absage auf die vorhergehende Bewerbung vorgenommen wird;
- von vornherein mehrere Bewerbungen verschickt werden, ohne eine Reaktion der Adressaten abzuwarten.

Von den betroffenen Jugendlichen selbst wird diese Frage ziemlich eindeutig beantwortet: Als häufigster Grund für Absagen wird von den Jugendlichen – unabhängig von der

³¹⁾ Vgl. Saterdag, H., Stegmann, H., a.a.O.

³²⁾ Bereits einige Wochen vor dem Ende des Schuljahres hat der überwiegende Teil der Entlaßschüler bereits einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen (vgl. Saterdag, H., Stegmann, H., a.a.O.).

³³⁾ Zur Bedeutung eines berufsorientierenden Unterrichts vgl. Saterdag, H., Kraft, H., Ausbildungs- und Berufsperspektiven bei Jugendlichen gegen Ende der 9. Klasse in diesem Heft.

Schulart – die große Zahl der Bewerber genannt. Allerdings handelt es sich dabei um subjektive Interpretationen, bei denen die Unkenntnis der Jugendlichen über den tatsächlichen Absagegrund zu berücksichtigen ist. So gibt etwa ein Viertel bis ein Drittel der Befragten an, daß ihnen die Gründe für die Ablehnung unbekannt sind (vgl. Tab. 10).

Der am zweithäufigsten genannte Grund für Absagen ist je nach Schulart unterschiedlich:

- Bei den Hochschulberechtigten und bei den Realschulabsolventen werden die fehlenden Beziehungen als zweithäufigster Grund für die erfolglosen Bewerbungen angeführt.
- Bei Haupt- und Sonderschülern wird dagegen der höhere Schulabschluß der Mitbewerber als zweithäufigster Absagegrund genannt.

Die eigenen Schulleistungen werden meist als dritthäufigster Grund für Absagen angegeben. Allerdings variiert der Prozentanteil nach Schulart: Je höher das Bildungsniveau, desto mehr Befragte führen das Scheitern ihrer Bewerbungen auf die besseren Noten ihrer Konkurrenten um einen Ausbildungsplatz zurück.

Nach dem Merkmal „Geschlecht“ zeigen sich nur geringfügige Unterschiede in den subjektiv wahrgenommenen Absagegründen.

Zusagen auf Bewerbungen

a) Die Erfolgsquote der Nachfrager

Der Erfolg der Nachfrage wird hier an das Vorhandensein mindestens einer Zusage geknüpft, wobei nicht berücksichtigt wird, ob diese Zusage auch den in der Priorität des Jugendlichen an erster Stelle stehenden Ausbildungsplatz betrifft. Die in Tabelle 15 ausgewiesenen „Erfolgs“-Quoten sind daher unter bestimmten Einschränkungen zu sehen, da eine Zusage für einen Ausbildungsplatz, der den Wünschen

des Jugendlichen nicht entspricht, nur bedingt als ein „Erfolg“ angesehen werden dürfte.

Tabelle 11
Der Erfolg der Nachfrager nach betrieblichen Ausbildungsplätzen

	Erfolgsquote der Nachfrager bei Betrieben
Sonderschüler	
insgesamt	57
weiblich	(52)
Hauptschüler o. Abschluß	
insgesamt	65
weiblich	60
Hauptschulabsolventen	
insgesamt	83
weiblich	75
Realschulabsolventen	
insgesamt	85
weiblich	81
Hochschulabsolventen	
insgesamt	70
weiblich	71

Es zeigt sich, daß die Erfolgsquoten sehr stark von der Schulart bzw. vom Schulabschluß abhängen. Allerdings ist dieser Zusammenhang nicht so, daß der höhere Schulabschluß auch eine höhere Erfolgsquote mit sich bringt: Bei den Hochschulberechtigten liegt der Anteil der Nachfrager bei Betrieben, die eine Zusage erhalten haben, mit 70 % erheblich unter dem der Hauptschul- und Realschulabsolventen (83 bzw. 85 %, vgl. Tab. 15). Noch geringere Erfolgsquoten als bei Hochschulberechtigten sind bei ehemaligen Sonderschülern (57 %) und bei Hauptschulabgängern ohne Abschluß (65 %) festzustellen.

Tabelle 10
Subjektiv wahrgenommene Gründe für Absagen auf Bewerbungen bei Betrieben (in Prozent¹⁾)

Gründe für die Absage	Nachfrager bei Betrieben, die Absagen erhalten haben									
	Sonderschüler		Hauptschüler ohne Abschluß		Hauptschulabsolventen		Realschulabsolventen		Hochschulberechtigte ²⁾	
	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.
Die anderen Bewerber hatten bessere Noten.	16	(17)	18	18	19	19	24	24	33	33
Die anderen Bewerber hatten einen höheren Schulabschluß. ³⁾	41	(40)	38	37	31	33	21	22	11	14
Die Zahl der Bewerber war einfach zu groß.	52	(53)	55	54	61	63	73	76	77	84
Mir fehlte die notwendige Portion Glück.	12	(11)	10	11	11	10	18	17	16	15
Mir fehlten die notwendigen Beziehungen.	20	(18)	18	17	19	18	29	30	37	37
Die Gründe für die Ablehnung sind mir nicht bekannt.	28	(29)	30	29	29	30	35	35	24	22

1) Durch Mehrfachnennungen ergibt die Summe der Prozentwerte mehr als 100.

2) Entlaßjahrgang 1976 ohne Bayern.

3) Bei Hochschulberechtigten lautete die vorgegebene Antwortkategorie: Hauptschüler wurden bevorzugt.

Auch nach dem Merkmal „Geschlecht“ ergeben sich erhebliche Unterschiede: Mit Ausnahme der Hochschulberechtigten haben weibliche Jugendliche niedrigere Erfolgsquoten aufzuweisen als ihre männlichen Mitbewerber.

h) Die Zahl der Zusagen

Aufgrund der Mehrfachbewerbungen ist naheliegend, daß einige Jugendliche mehr als eine Zusage für einen Ausbildungsplatz erhalten. Entsprechend der höchsten Zahl der Bewerbungen ist auch der Anteil der Nachfrager mit drei und mehr Zusagen bei den Realschulabsolventen am höchsten (vgl. Tab. 12). Trotzdem zeigt der hohe Anteil der erfolgreichen Nachfrager mit nur einer Zusage, daß sich die Jugendlichen mehrfach bewerben müssen, um überhaupt eine Zusage zu erhalten.

4. Zusammenfassung

1. Die bisherige Bilanz von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt zeigt seit 1975 ein – allerdings nur geringfügiges – Defizit an Ausbildungsplätzen. Es ist jedoch fraglich, ob die Legaldefinition von Angebot und Nachfrage in § 5 Abs. 4 APIFG ausreicht, um die tatsächliche Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu beschreiben. Zumindest werden die Ausbildungswünsche der Jugendlichen durch das Nachfragekonzept des APIFG nur unvollständig erfaßt. Bei

den Absolventen und Abgängern allgemeinbildender Schulen (Sekundarbereich I 1977) bewegt sich die latente – nach dem APIFG nicht ausgewiesene – Nachfrage in einer Größenordnung von ca. 25 000.

2. Bei der vordringlichen Lösung der quantitativen Schließung der Ausbildungslücke besteht die Gefahr, daß qualitative Aspekte vernachlässigt werden. So ergeben sich einige Hinweise darauf, daß die Ausweitung des Angebots an Ausbildungsplätzen 1977 zu einem überwiegenden Teil in Ausbildungsberufen vollzogen wurde, bei denen berufliche Diskontinuitäten (Berufswechsel mit keiner bzw. geringer Verwertbarkeit der Kenntnisse und Fertigkeiten aus dem alten Beruf; Berufswechsel in eine Tätigkeit als Hilfs- oder angelernter Arbeiter) nach bisherigen Erkenntnissen in überdurchschnittlichem Ausmaß auftreten können.

3. Die Jugendlichen versuchen, durch Bewerbungen um verschiedenartige Ausbildungsberufe, durch sehr frühzeitige Bewerbungen sowie durch Mehrfachbewerbungen ihre Chancen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu erhöhen. Absagen auf ihre Bewerbungen führen sie meist auf die zu große Zahl der Bewerber zurück. Etwa jeder sechste Absolvent aus dem Sekundarbereich I (Entlaßjahrgang 1977) und fast jeder dritte Hochschulberechtigte (Entlaßjahrgang 1976) erhält auf seine Bewerbung keine Zusage. Sonderschüler und Hauptschüler ohne Abschluß haben noch geringere Erfolgchancen bei ihrer Bewerbung.

Tabelle 12
Die Zahl der Zusagen von Betrieben

Zusagen	Schulart / Schulabschluß									
	Sonderschüler		Hauptschüler ohne Abschluß		Hauptschüler mit Abschluß		Realschüler mit Mittlerer Reife		Hochschulberechtigte	
	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.	insg.	weibl.
Keine Zusage ¹⁾	43	(48)	35	40	17	25	15	19	30	29
1 Zusage ²⁾	(88)	/	75	74	69	71	57	58	68	65
2 Zusagen ²⁾	(8)	/	17	18	22	23	19	21	22	24
3 und mehr Zusagen ²⁾	/	/	/	/	9	6	24	21	10	11
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Prozentuierungsbasis: alle Nachfrager bei Betrieben.

2) Prozentuierungsbasis: alle Nachfrager, die mindestens eine Zusage erhalten haben.